

DIE LINKE Sachsen-Anhalt
Einreicher:innen: Landesvorsitzende
13.05.2024
Beschluss 63 – LV 26

Gegen jeden Antisemitismus

Die Linke steht auf Stadt-, Landes- und Bundesebene vorbehaltlos zum Existenzrecht Israels. Israel ist auch eine Antwort auf das deutsche Verbrechen der Shoah, es ist der Staat der Überlebenden, es ist Schutzraum für jüdische Menschen weltweit. Daran ändert der aktuelle Krieg nichts, weil es eine grundsätzliche Position ist: Die Existenz von Antisemitismus macht die Realität eines Schutzraums notwendig. Ausgangspunkt für jede Positionierung zum Nah-Ost-Konflikt kann für uns nur sein, die Realität der Staatlichkeit Israels anzuerkennen und aus den Erkenntnissen linker Zionist*innen abzuleiten, dass Israel das Ergebnis der Verteidigung gegen das Menschheitsverbrechen des deutschen Faschismus und der Zionismus damit auch eine Emanzipationsbewegung für Jüdinnen und Juden ist.

Eine Linke auf dieser Grundlage kann alles andere kontrovers hinterfragen und für einen gerechten Frieden in der Region eintreten.

Wir verurteilen den Terrorangriff der Hamas am 7. Oktober 2023. Er ist eine ungeheure Grausamkeit, die ganz Israel und jüdische Menschen auf der ganzen Welt traumatisiert hat. Weltweit hat er Menschen aufgerüttelt, die das Existenzrecht Israels niemals infrage stellen würden. Gleichzeitig erleben wir auch weltweit eine Zunahme von antisemitischen Gewalttaten, wie jüngst in Berlin.

Erschüttert erleben wir, dass die Hamas bewusst die Menschen im Gazastreifen benutzt, um ihre Machtinteressen durchzusetzen. Not und Elend werden in Kauf genommen und instrumentalisiert. Der Krieg in Gaza, der auf den Angriff auf Israel folgte, hat unzählige Opfer unter der palästinensischen Zivilbevölkerung gekostet. Er und die Gewalt im Westjordanland erschrecken viele Menschen auch in Deutschland und befördern nachvollziehbar eine starke Emotionalisierung.

Wir halten es für unumgänglich, beide Seiten der Gewaltspirale zu beleuchten. Wer Sicherheit für die Menschen sowohl in Israel als auch in Palästina will, muss sich für ein Ende der Gewalt aussprechen. Eine ausschließliche einseitige Schuldzuweisung an Israel verbietet sich. Die Denunziation berechtigter Kritik an der israelischen Kriegsführung und der Gewalt im Westjordanland als Antisemitismus jedoch auch.

Wir fordern die sofortige Freilassung der Geiseln und einen Waffenstillstand von allen Seiten. Ein Einmarsch der israelischen Armee in Rafah verstärkt noch die humanitäre Katastrophe in Gaza. Es ist Zeit für einen verstärkten humanitären Einsatz für die Zivilbevölkerung im Gazastreifen – zuallererst mit Lebensmitteln, Medizin, Zelten und Energie.

Diese Kritik im Konkreten und das Bekenntnis zum Existenzrecht Israels gehören für uns zusammen. Das gilt, weil man Israel immer auch im Zusammenhang mit der inakzeptablen antisemitischen Bedrohung und dem Kampf dagegen betrachten muss. Für diese Position werben wir in unserer Mitgliedschaft und machen deutlich, dass wir als Partei auf dieser Grundlage handeln. Demonstrationen gegen den Krieg unterstützen wir, wenn das garantiert ist. Demonstrationen gegen Jüdinnen und Juden als Personengruppe und/oder Israel als zu deren Schutz geschaffenen Staat unterstützen wir als Partei deshalb ausdrücklich nicht.